

Betreff:

Errichtung eines Fußgängerüberweges (Zebrastreifen) in Höhe der Bushaltestelle Schuntersiedlung

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

09.03.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

09.03.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Beschluss des Stadtbezirksrates vom 02.02.2017 (Anregung gemäß § 94 Abs. 3 NKomVG):

„Der Stadtbezirksrat beantragt die Errichtung eines Zebrastreifens in Höhe der Bushaltestelle Schuntersiedlung.“

Stellungnahme der Verwaltung:

Bei der derzeitigen Lage der Mittelinsel würde ein Fußgängerüberweg in die Aufstellfläche der westlichen Busbucht führen. Fußgänger mit einer Querungsabsicht haben somit einen deutlichen Abstand zum eigentlichen Fahrbahnrand und sind somit für den motorisierten Individualverkehr schlechter wahrnehmbar. Neben dem Aufbringen der Markierung wäre die Einrichtung eines Fußgängerüberweges an dieser Stelle auch mit baulichen Maßnahmen verbunden. Dazu gehören beispielhaft das Aufstellen zusätzlicher Beleuchtungsmasten für die erforderliche Ausleuchtung sowie die Anpassung der Mittelinsel und seitlichen Aufstellflächen mit taktilen Leitelementen. Für derartige Umbaumaßnahmen stehen derzeit keine Haushaltsmittel zur Verfügung, so dass detailliertere Planungen und damit einhergehende Verkehrszählungen von der Verwaltung nicht weiterverfolgt werden.

Im Übrigen ergibt sich am Wochenende keine andere Situation, da die Lichtsignalanlage am Tostmannplatz von Montag bis Sonntag täglich von 06:00 Uhr bis 22:30 Uhr in Betrieb ist.

Zur besseren Erkennbarkeit der Mittelinsel hat die Verwaltung jedoch ein Auffrischen der vorhandenen Fahrbahnmarkierung sowie den Einbau von zylindrischen Leitsäulen auf den Inselköpfen veranlasst.

Leuer

Anlage/n:

keine

Absender:

Roeßner, Enno
SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 332

TOP 4.1
17-03955
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Errichtung eines Stadtteilpavillons auf dem Tostmannplatz

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

19.02.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue (Entscheidung)

09.03.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Prüfungsauftrag an die Verwaltung zur Ermittlung der Kosten für die Errichtung eines Stadtteilpavillons auf dem Tostmannplatz. Der Pavillon sollte ein fest errichtetes Gebäude mit ca. 80 m² Grundfläche sein. Eine möglich Raumaufteilung wäre 60 m² Raum mit Küchenecke, 15 m² WC und 5 m² Abstellraum. Des Weiteren sollten Strom und Wasseranschlüsse vorhanden sein, damit diese auch für andere Veranstaltungen auf dem Tostmannplatz genutzt werden können.

Sachverhalt:

Im Stadtbezirk Schunteraue gibt es keinen allgemein zugänglichen Treffpunkt für Bürger, Initiativen und Organisationen. Durch die Schließung aller gastronomischen Einrichtungen, auch im angrenzenden Stadtbezirk Nordstadt mit dem TuRa Vereinsheim, gibt es keine Versammlungsmöglichkeit mehr, wo Stadtteilarbeit, Bürgersprechstunden, Arbeitstreffen vom Schuwei-Team, Arbeitskreis Grundschule Schunteraue oder kleinere Veranstaltungen stattfinden können. Dies alles würde ein Stadtteilpavillon auf dem Tostmannplatz bieten. Ähnliche Einrichtungen gibt es zum Beispiel bereits in der Nordstadt und dem westlichen Ringgebiet. Da es in der gesamten Schuntersiedlung auch keine Gewerbeflächen mehr gibt, die angemietet werden können, ist die Errichtung eines Stadtteilpavillons sinnvoll und notwendig. Der Tostmannplatz eignet sich als Ort dazu besonders gut, da er zentral gelegen ist und mit öffentlichen Verkehrsmitteln ideal zu erreichen ist. Des Weiteren wäre solch ein Pavillon auf dem Tostmannplatz auch im Vorbeifahren gut erkennbar und leicht zu finden.

Anlagen:

keine

Errichtung eines Stadtteilpavillons auf dem Tostmannplatz



Betreff:

Beseitigung der Gefahrenstelle im Kreuzungsbereich der Bahnschienen auf der Straße "Kehrbeeke".

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

16.02.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue (Entscheidung)

09.03.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Der Stadtbezirksrat bittet um

- a) Kenntlich machen der Gefahrenstelle durch eine ausreichende Beschilderung oder wenn möglich
- b) Verfüllen des Übergangsbereiches zwischen Straßenbelag und Schienen.

Der Schienenstrang ist nicht mehr in Benutzung. Stürze werden somit ausgeschlossen.

Sachverhalt:

Im Bereich der Bahnschienen auf der Straße "Kehrbeeke" kommt es aufgrund der die Straße diagonal kreuzenden Schienen regelmäßig zu Stürzen von Radfahrern. Diese erkennen nicht rechtzeitig die Gefahrenstelle oder kreuzen den Bereich nicht richtig. Gerade ältere Leute sind, wie oftmals beobachtet, sehr gefährdet.

Anlagen:

keine

Absender:

**Horst-Dieter Steinert Bündnis90/Die
Grünen im Stadtbezirksrat 332**

TOP 4.3

17-03984
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Vorkommen des Wachtelkönigs

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.02.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue (Entscheidung)

09.03.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Wachtelkönig steht auf der roten Liste der Brutvögel in Deutschland.

Der Stadtbezirksrat bittet bei der Planung der neuen Holzbrücke und Entstehung eines Wanderwegs durch das Gebiet besonders darauf zu achten, diesen seltenen Vogel nicht zu gefährden.

Sachverhalt:

Ich habe den Hinweis bekommen , das in den Ohewiesen/ Schuntertal ein kleines Vorkommen des Wachtelkönigs beheimatet ist lt. BUND, sowie des Naturschutzbeauftragten der Stadt Braunschweig Herr Dr. Rieger.

gez.

Horst-Dieter Steinert

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Horst-Dieter Steinert Bündnis90/Die
Grünen im Stadtbezirksrat 332**

TOP 4.4

17-03985
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Holzbrücke über die Schunter nach Rühme barrierefrei gestalten

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.02.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue (Entscheidung)

09.03.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Bezirksrat möge beschließen , dass als nächstes die Holzbrücke nach Rühme am Schreberweg ersetzt wird.

Sachverhalt:

Die Holzbrücke über die Schunter in Kralenriede am Schreberweg ist die älteste ihrer Art. Die Holzbrücke am Butterberg wird jetzt nach kurzer Zeit an einem anderen Ort erneuert. Die Brücke am Schreberweg ist wesentlich älter und müsste als nächstes ersetzt werden. Im Gegensatz zur Brücke am Butterberg wird die Brücke am Schreberweg von vielen Berufspendlern genutzt. Dieser Wunsch wurde mir von vielen Bürgerinnen und Bürgern vorgetragen. Ebenfalls ist es wünschenswert den Weg zu beleuchten.

gez.

Horst-Dieter Steinert

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Horst-Dieter Steinert Bündnis90/Die
Grünen im Stadtbezirksrat 332**

TOP 4.5

17-03989
Antrag (öffentlich)

Betreff:

Aufstellen von Willkommensschildern

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

22.02.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue (Entscheidung)

09.03.2017

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Beschluss:

Der Bezirksrat Schunteraue beantragt, dass drei Begrüßungsschilder im Stadtteil Schunteraue aufgestellt werden. Um die Kosten zu reduzieren sollen Sponsoren gefunden werden. wie zb. BBG ,Öffentliche, Landessparkasse.

Sachverhalt:

Um den Stadtbezirk Schunteraue aufzuwerten, wäre es schön an drei Standorten Begrüßungsschilder mit dem Wappen der Schunteraue zu installieren.

gez.

Horst-Dieter Steinert

Anlage/n:

de acto

erfolgreich werben

**BRAUNSCHWEIG
WOLFSBURG**

de facto • Braunschweig • 38100 Braunschweig

für Ihre Anfrage besten Dank, wunschgemäß bieten wir Ihnen nachfolgend an.
Sollten Fragen zu klären sein, zögern Sie bitte nicht uns anzurufen.

1) 1 Stück 1-seitiger Aufsteller „Weststadt“, freistehend zur Erdmontage

- Format ca. 980 x 1.615 mm (+ 800 mm Zugabe für Erdmontage)
- Einzelformate gem. uns vorliegender Anfrage
- Rohrahmen aus Rundrohr 60 mm, Aluminium nach RAL-Wunsch lackiert
- 3 St. Konturschilder aus Alu-Verbund "Butterfinish" (Edelstahl-Optik)
- Schilder über rückseitige Laschen verschraubt
- Beschriftung "Wappen" als 4-fbg. Digitaldruck auf sk-Folie, schutzlaminiert und verklebt
- Beschriftung "Text" als Einzelbuchstaben aus 8 mm starkem Kunststoff
- Buchstaben rückseitig selbstklebend für direkte Verklebung auf die untere Schildfläche
- Daten werden schneidefertig gestellt

Preis:.... EUR 1.479,00 zzgl. MwSt.

Lieferzeit ca. 10-12 Werktage

Lieferung ab Werk

Zahlung 8 Tage nach Rechnungsdatum ohne Abzug

Über eine Auftragserteilung würden wir uns sehr freuen, eine fachgerechte Ausführung der von uns angebotenen Arbeiten sichern wir hiermit zu.

Besten Dank & Grüße

de facto, Thomas Meyer

www.defacto24.de
info@defacto24.de

Leopoldstraße 7 / 38100 Braunschweig
T.: 0531 - 240 83 91
F.: 0531 - 240 83 93

3 Schilder sollen
aufgebaut werden.

de facto Braunschweig
Leopoldstraße 7
38100 Braunschweig

Telefon: 0531 - 240 83 -91 / -92
Fax: 0531 - 240 83 93

de facto Wolfsburg
Lerchenweg 8
38446 Wolfsburg

Telefon: 05361 - 27 35 777
Fax: 05361 - 27 35 778

Bankverbindung:
de facto Meyer & Fantoni GbR
Volksbank eG BS/WOB
BLZ 269 920 06
Kto. 604 321 6003

Steuer-Nr.: 34/234/25005
USt-IdNr.: DE 204037652



www.defacto24.de
info@defacto24.de

Betreff:

Weiterentwicklung des Bürgerhaushalts zu einem vom Haushaltsplanverfahren zeitlich unabhängigen Verfahren

Organisationseinheit:

DEZERNAT VII - Finanzen, Stadtgrün und Sportdezernat

Datum:

24.01.2017

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Status
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 222 Timmerlah-Geitelde-Stiddien (Anhörung)	02.02.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 114 Volkmarode (Anhörung)	06.02.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 223 Broitzem (Anhörung)	07.02.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 113 Hondelage (Anhörung)	27.02.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 322 Veltenhof-Rühme (Anhörung)	28.02.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (Anhörung)	01.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 132 Viewegsgarten-Bebelhof (Anhörung)	01.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 321 Lehdorf-Watenbüttel (Anhörung)	01.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 310 Westliches Ringgebiet (Anhörung)	07.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 221 Weststadt (Anhörung)	08.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 212 Heidberg-Melverode (Anhörung)	08.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 211 Stöckheim-Leiferde (Anhörung)	09.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 224 Rüningen (Anhörung)	09.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 331 Nordstadt (Anhörung)	09.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue (Anhörung)	09.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 323 Wenden-Thune-Harxbüttel (Anhörung)	14.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 131 Innenstadt (Anhörung)	14.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 213 Südstadt-Rautheim-Mascherode (Anhörung)	14.03.2017	Ö
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 112 Wabe-Schunter-Beberbach (Anhörung)	15.03.2017	Ö
Finanz- und Personalausschuss (Vorberatung)	16.03.2017	Ö
Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	21.03.2017	N
Rat der Stadt Braunschweig (Entscheidung)	28.03.2017	Ö

Beschluss:

„Der Bürgerhaushalt geht ab Frühjahr 2017 in einem vom Haushaltsplanverfahren zeitlich unabhängigen, unterjährig zur Verfügung stehenden Angebot eines neuen Beteiligungs-Portals auf.“

Sachverhalt:

Die Verwaltung hatte aus Gründen der Haushaltskonsolidierung vorgeschlagen, den Bürgerhaushalt auszusetzen. Mit Haushaltsbeschluss vom 15. März 2016 hat der Rat beschlossen, das Bürgerhaushaltsverfahren für ein weiteres, drittes Jahr fortzusetzen und dabei **auszuwerten**. Gleichzeitig wurde die Verwaltung beauftragt, ein **Konzept** zu entwickeln, wie der Bürgerhaushalt auf ein vom Haushaltsplanverfahren zeitlich unabhängiges Verfahren umgestellt werden kann.

1. Auswertung des bisherigen Verfahrens

Das seit 2014 eingesetzte Verfahren des Bürgerhaushalts bietet den Einwohnerinnen und Einwohnern eine Möglichkeit, eigene Vorstellungen und Ideen zur Gestaltung Braunschweigs, die im Falle ihrer Realisierung haushaltsrelevant wären, in die politischen Beratungen des Rates und seiner Gremien einzubringen. Das bislang eingesetzte Verfahren des Bürgerhaushalts kann nach demnächst dreimaliger Durchführung inzwischen differenziert bewertet werden.

Positiv hervorzuheben ist insbesondere, dass die Möglichkeit der Teilnahme über eine Internetplattform grundsätzlich eine geringe Hürde für eine Beteiligung am Verfahren darstellt. Dies zeigt auch die allerdings zuletzt (2016) deutlich verringerte Anzahl aktiver Online-Teilnehmer gegenüber den Jahren 2014 und 2015 (s. u.). Über die bisherige Nutzung des Verfahrens hatte die Verwaltung mehrfach berichtet (DS 13790/14 vom 18.07.2014, DS 17451/15 vom 24.02.2015 und DS 14455/15 vom 03.06.2015).

Mit der Bewertung der Vorschläge durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde eine Vorauswahl getroffen, so dass nicht sämtliche Bürgervorschläge ungefiltert einer näheren Prüfung unterzogen werden mussten. Auch dies ist unter den Aspekten der Legitimation und Arbeitsökonomie positiv zu bewerten.

Nachteilig zeigte sich demgegenüber, dass das Bürgerhaushaltsverfahren jeweils in das ohnehin überaus aufwändige und materialreiche Haushaltsplanaufstellungsverfahren integriert werden musste. Dadurch umfasste die aktive Phase des Bürgerhaushalts (Vorschlags- und Bewertungsphase) regelmäßig nur eine relativ kurze Zeitspanne, weil vor den Haushaltsberatungen noch Zeit für die Aufbereitung durch die Verwaltung benötigt wurde. Durch diese zeitliche Begrenzung konnten haushaltsrelevante Bürgerideen in der übrigen Zeit nicht in das politische Verfahren eingespeist werden.

Andererseits beträgt die Zeitspanne zwischen dem Einbringen eines (gesamtstädtischen) Vorschlags und seiner möglichen Umsetzung mindestens etwa 1 Jahr. Eine sehr kurzfristige Verwirklichung eines Zustimmung findenden Vorschlags ist somit ohnehin nicht möglich.

Zudem zeigten sich in der Praxis innere Widersprüche des bisherigen Verfahrens: Bei der Online-Bewertung werden die Teilnehmer ermutigt, über sämtliche Vorschläge abzustimmen, sodass die Bandbreite der Bewertungsskala regelmäßig ausgeschöpft wird. Über den parallel angebotenen Schriftweg werden dagegen regelmäßig nur Einzelschlüsse mit der Maximalpunktzahl bewertet, sodass für Vorschläge, deren Autoren gezielt Unterschriften sammeln, Top 75-Platzierungen zustande kamen, die im Rahmen des differenzierteren elektronischen Verfahrens meist nicht ansatzweise erreicht würden.

Unter diesen Bedingungen hat sich der Bürgerhaushalt wie folgt entwickelt:

Während im Jahr 2014 noch 914 Vorschläge eingegangen sind und diese Zahl 2015 leicht gesteigert werden konnte (917 Vorschläge), wurden 2016 lediglich 462 Bürger-Vorschläge abgegeben (etwa -50% gegenüber den Vorjahren). Dabei ist weiterhin zu berücksichtigen, dass rund ein Viertel dieser Vorschläge bereits im Vorjahr in inhaltlich identischer Form vorgelegen hat.

Die Anzahl der aktiven Teilnehmer ist zwar von 2014 (1.647 Personen) zu 2015 (2.712 Personen) angestiegen, 2016 allerdings deutlich unter den Wert des ersten Jahres zurückgefallen (1.361 Personen). Im Jahr 2016 haben sich insgesamt nur wenig mehr als 0,5% der Einwohnerinnen und Einwohner Braunschweigs am Verfahren des Bürgerhaushalts beteiligt. Dieses zurückgehende Interesse entspricht den Erfahrungen aus anderen Großstädten.

Am Ende des ersten Bürgerhaushaltsverfahrens wurde vom Rat beschlossen, dass die Stadtbezirksräte die Bürger-Budgets auch für andere Zwecke als zur Verwirklichung von Bürgervorschlägen verwenden können. In dem darauf folgenden Verfahren wurde von den im Jahr 2015 gesammelten 215 bezirklichen Vorschlägen im Jahr 2016 lediglich ein einziger angenommen. Im ersten Jahr waren noch 31 von insgesamt 193 gesammelten Vorschlägen durch die Stadtbezirksräte angenommen worden. Im Jahr 2016 sind insgesamt 102 bezirkliche Bürger-Vorschläge eingegangen. Zahlen über politische Beschlüsse zu diesen Vorschlägen stehen abschließend erst Ende 2017 fest.

2. Konzept des künftigen Verfahrens

Grundgedanke einer Neuregelung ist die verfahrensmäßige Entkoppelung des Bürgerhaushalts vom Haushaltsplanaufstellungsverfahren und die inhaltliche Weiterentwicklung zu einer mit dem städtischen Ideen- und Beschwerdemanagement integrierten Ideenbörse. Ziel bleibt es, die haushaltswirksamen Vorschläge, die einen gewissen Rückhalt in der Bevölkerung finden, auch künftig in einem klar definierten Verfahren administrativ und politisch zu bewerten. Hierzu soll ein neues elektronisches Beteiligungs-Portal geschaffen werden, das Bürgerinnen und Bürgern einen integrierten und dadurch leichter nutzbaren Weg eröffnet, Anregungen aller Art zu übermitteln.

Zurzeit betreibt die Stadt daher ein Ausschreibungsverfahren für ein Beteiligungs-Portal nach dem Modell der Stadt Frankfurt am Main (www ffm de), mit dem ein gemeinsamer Zugang der Bürgerinnen und Bürger zu allen Beteiligungsangeboten der Stadt ermöglicht werden soll. Dort werden mehrere Beteiligungskanäle angeboten, u. a.:

- ein Mängelmelder (nicht Gegenstand dieser Betrachtung),
- eine Ideenplattform.

Auf der Ideenplattform können jederzeit Vorschläge aller Art veröffentlicht werden. Innerhalb von 8 Wochen nach der Veröffentlichung können registrierte Teilnehmer ihre Unterstützung des Vorschlages erklären. Ob der Vorschlag weiterverfolgt wird, hängt davon ab, ob mindestens 200 Teilnehmer als Unterstützer gewonnen werden. Das heißt, jeder Vorschlag hat seine eigene Bewertungsphase. Bei Vorschlägen mit der Mindestunterstützung schließt sich eine inhaltliche Prüfung und eine politische Bewertung an.

Eine solche Ideenplattform würde die Ziele der Neuregelung des Braunschweiger Verfahrens erfüllen. Auch wird weiterhin eine gewisse Vorauswahl der Bürger-Vorschläge erreicht. Allein die bisherige vergleichende Gewichtung entfällt, da bei einem unterjährig jederzeit verfügbaren Verfahren eine zeitgleiche Bewertungsphase aller Haushaltsvorschläge von Bürgern nicht möglich ist.

Die Verwaltung schlägt daher vor, das Verfahren in Anlehnung an das Frankfurter Beteiligungsangebot in dem neu einzurichtenden Beteiligungs-Portal zu integrieren und damit ein ganzheitliches Beteiligungsverfahren zu schaffen, das eine ganzjährige Eingabe von Vorschlägen aller Art (mit und ohne Haushaltsrelevanz, gesamtstädtisch oder bezirklich) ermöglicht. In der Leistungsbeschreibung zur Beschaffung eines Beteiligungsportals wird die Implementierung im 1. Halbjahr 2017 angestrebt, so dass auf der bisherigen Bürgerhaushalts-Plattform keine Vorschläge mehr gesammelt würden.

Mit dem Vorschlag wird den Erfahrungen aus den vergangenen drei Jahren Rechnung getragen. Durch die Aufhebung zeitlicher Begrenzungen und die Zusammenführung mit anderen Beteiligungsformen wie dem Ideen- und Beschwerdemanagement wird eine Beteiligung für die Bürgerinnen und Bürger Braunschweigs weiter vereinfacht und vereinheitlicht.

Beim Ideen- und Beschwerdemanagement sind bereits jetzt jederzeit Eingaben möglich. Die Suche nach dem geeignetsten unter mehreren Beteiligungsinstrumenten durch die Teilnehmer könnte entfallen. Durch Vermeidung von inhaltlich identischen Eingaben über verschiedene Beteiligungskanäle könnten etwaige doppelte Bearbeitungsvorgänge innerhalb der Stadtverwaltung vermieden werden.

Das Ideen- und Beschwerdemanagement hat sich als selbstverständliches Serviceangebot etabliert. Haushaltsneutrale Vorschläge würden daher wie bisher ohne Festlegung einer Anzahl von Mindestunterstützern vom Ideen- und Beschwerdemanagement an die fachlich zuständigen Organisationseinheiten zur Überprüfung weitergeleitet und die Bürgerinnen und Bürger über das Ergebnis der Überprüfung informiert.

Vorschläge mit Auswirkungen auf den Haushalt würden nur geprüft, wenn sie nach Frankfurter Muster eine Mindestzahl an Unterstützern gefunden haben. Unter Berücksichtigung der Größenverhältnisse Braunschweigs und der beim Bürgerhaushalt zum Erreichen der Top 75 durchschnittlich in etwa notwendigen Anzahl positiver Bewertungen wird vorgeschlagen, die für die Weiterverfolgung nötige Zahl an Unterstützern für eine Erprobungsphase auf 140 festzusetzen.

Vorschläge, die diese Voraussetzung erfüllen, werden durch die fachlich zuständigen Organisationseinheiten inhaltlich geprüft und einer Bewertung durch den zuständigen Stadtbezirksrat (bei bezirklichen Vorschlägen) oder den zuständigen Fachausschuss zugeführt. Bezirkliche Vorschläge können im Rahmen der Budget-Hoheit der Stadtbezirksräte umgesetzt werden. Auch bei anderen Vorschlägen könnte - nach einem positiven Votum des Fachausschusses - eine Umsetzung sofort erfolgen, wenn die Finanzierung aus vorhandenen Ansätzen möglich ist. Falls notwendige Haushaltsmittel nicht vorhanden sind, ist eine abschließende Entscheidung innerhalb des nächsten Haushaltsplanaufstellungsverfahrens grundsätzlich erforderlich.

Über die Bewertung des jeweiligen Vorschlags durch die Verwaltung/die zuständigen Fachgremien wird im Beteiligungs-Portal informiert.

Auch unabhängig vom Erreichen der geforderten Unterstützung können die öffentlich einsehbaren Vorschläge Rat und Stadtbezirksräten als Anregung dienen und als politische Anträge aufgegriffen werden.

3. Finanzielle Auswirkungen

Die durch den Verzicht auf das bisherige Verfahren mittelfristig wegfallenden Kosten für den Betrieb der Bürgerhaushalts-Plattform incl. der Begleitung (Moderation etc.) durch einen externen Berater in Höhe von rund 20.000.- € und die für die interne Bearbeitung vorgehaltene Stelle werden für den Betrieb der im neuen Beteiligungsportal integrierten Ideenplattform benötigt. Eine den Haushalt entlastende Wirkung tritt nicht ein.

Durch einzuhaltende Kündigungsfristen könnten einmalige Mehraufwendungen im Jahr 2017 entstehen.

Bezogen auf die bisherigen Bürger-Budgets der Stadtbezirksräte (rd. 125.000 €) ist nach den oben dargestellten Entwicklungen zu erwarten, dass diese in den originären Budgets der jeweiligen Stadtbezirksräte aufgehen werden. Insoweit ergibt sich zunächst keine weitere Auswirkung auf den städtischen Haushalt und die bezirklich zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Geiger

Anlage/n:

keine

Absender:

CDU-Fraktion im Stadtbezirksrat 332

TOP 7.1

17-03926

Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Beseitigung von Wildkräutern auf den Gehwegen an der Straße "In den Waashainen".

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

16.02.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue (zur Beantwortung) 09.03.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Das Gewerbegebiet "Kralenriede-Ost" wurde kostenintensiv über die Neubaustraße "In den Waashainen" erschlossen. Die angrenzenden Gehwege verkommen zu "Grünflächen". Dieses führt nicht nur zu einer Gefährdung von dort verkehrenden Fußgängern, sondern hat ein Ausmaß erreicht, bei welchem die Flächen nur noch kostenintensiv wiederhergestellt werden können.

1. Wie gedenkt die Stadt mit diesen Flächen weiter zu verfahren?
2. Wozu wird in den Ausbau viel Geld investiert, wenn ein Mindestmaß an Pflege fehlt?

Gez.

Kassel

Anlagen:

Foto vom Gehweg "In den Waashainen"

Absender:

**Horst-Dieter Steinert/Bündnis90/Die
Grünen im Stadtbezirksrat 332**

TOP 7.2

17-03964
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

LAB Landesaufnahmebehörde Boeselagerstraße

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

21.02.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue (zur Beantwortung) 09.03.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Ich bitte um einen Zustandsbericht über die derzeitige Belegung der Einrichtung

Fragen:

Wie viele Flüchtlinge sind derzeit in der Einrichtung untergebracht?

Wie weit sind die Bauvorhaben von Flüchtlingsheimen in Braunschweig fortgeschritten?

Wirkt sich der bekannt gewordene Sozialbetrug von Asylbewerbern auf die Stadt
Braunschweig aus?

gez.

Horst-Dieter Steinert

Anlage/n:

Keine

<i>Betreff:</i> LAB Landesaufnahmebehörde Boeselagerstraße
--

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat V 50 Fachbereich Soziales und Gesundheit	<i>Datum:</i> 09.03.2017
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue (zur Kenntnis)	09.03.2017	Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Stadtbezirksrat Schunteraue vom 21. Februar 2017 wird wie folgt Stellung genommen:

Zu Frage 1.:

Derzeit sind 655 Personen in der LAB Niedersachsen, Standort Braunschweig untergebracht.

Zu Frage 2.:

Von den acht Standorten, die sich zurzeit in Umsetzung befinden, sind die Standorte Melverode und Bienrode fertiggestellt. Die Standorte Gartenstadt und Glesmarode werden voraussichtlich im April und Mai bezugsfertig sein. Bis Ende Juli/Anfang August 2017 sollen auch die Standorte in Ölper, Hondelage, Lamme und der Nordstadt zur Verfügung stehen.

Zu Frage 3.:

Für die Sozialleistungen der in der LAB untergebrachten Personen ist das Land Niedersachsen zuständig.

Bei dem der Stadt Braunschweig zugewiesenen Personenkreis der Asylbewerber sind in 16 Fällen Doppelidentitäten bekannt geworden. In zwölf Fällen laufen andernorts Verfahren bzw. sind die Personen nicht mehr greifbar. In vier Fällen wurde Strafanzeige erstattet.

Klockgether

Anlage/n:
keine

Absender:

**Horst-Dieter Steinert Bündnis90/Die
Grünen im Stadtbezirksrat 332**

TOP 7.3

17-03965
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Einleitung von Schadstoffen in die Schunter

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

21.02.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue (zur Beantwortung)

09.03.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Einleitung von Schadstoffen in die Schunter aus dem Gewerbegebiet Kralenriede Ost

In der Vergangenheit wurden immer wieder Schadstoffe in die Schunter bei Kralenriede
eingeleitet.

Fragen:

Seit wann ist der Verwaltung davon bekannt?

Wie stark sind Fauna und Flora geschädigt worden?

Was ist getan worden, damit so etwas nicht mehr passieren kann.

gez.

Horst-Dieter Steinert

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Horst-Dieter Steinert Bündnis90/Die
Grünen im Stadtbezirksrat 332**

TOP 7.4

17-03966
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

GS Schunteraue / Albert-Schweitzer-Straße

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

21.02.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue (zur Beantwortung) 09.03.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Wie sicher ist der Standort der GS Schunteraue an der Albert-Schweitzer-Straße

Fragen:

Ist der Betrieb einer Ganztagschule angedacht?

Sind die Räumlichkeiten einer Schulkindbetreuung an der Schule ausreichend?

Wird die Außenstelle der GS Schunteraue weiter betrieben oder wieder der GS Schunteraue in Kralenriede zugeordnet, was sehr sinnvoll wäre um den Standort in Kralenriede zu stärken?

gez.

Horst-Dieter Steinert

Anlage/n:

Keine

Absender:

**Horst-Dieter Steinert/Bündnis90/Die
Grünen im Stadtbezirksrat 332**

TOP 7.5

17-03968
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Astrid-Lindgren-Schule

Empfänger:

Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:

21.02.2017

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue (zur Beantwortung) 09.03.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Zurzeit ist die Förderschule FÖSL Astrid-Lindgren-Schule am Tostmannplatz untergebracht.

Fragen:

Welche Schulform ist nach Auslaufen der Förderschule FÖSL am derzeitigen Standort angedacht?

Welche Schule wird hier seine neue Heimat finden.

Wird die Außenstelle der GS- Schunteraue weiter betrieben oder wieder der GS- Schunteraue in Kralenriede zugeordnet, was sehr Sinnvoll wäre um den Standort in Kralenriede zu stärken

gez.

Horst-Dieter Steinert

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Astrid-Lindgren-Schule

Organisationseinheit:

Dezernat V
40 Fachbereich Schule

Datum:

09.03.2017

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 332 Schunteraue (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

09.03.2017

Status

Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage von Herrn Steinert, Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtbezirksrat 332 Schunteraue, wird wie folgt Stellung genommen:

Mit Einführung der inklusiven Beschulung zum Schuljahr 2013/2014 laufen die Förderschulen Lernen jahrgangsweise aufsteigend zuerst im Primarbereich und ab dem Schuljahr 2017/2018 dann im Sekundarbereich aus. Im Schuljahr 2020/2021 werden somit die letzten 9. Klassen in den Förderschulen beschult.

Die Stadt Braunschweig führt zwei Förderschulen Lernen: in der Schulanlage Schuntersiedlung die Astrid-Lindgren-Schule, die im laufenden Schuljahr nach dem Auslaufen des Primarbereichs noch insgesamt acht Klassen in den Jahrgängen 5 bis 9 führt und in der Schulanlage Melverode die Heinrich-Kielhorn-Schule, die im laufenden Schuljahr nur noch drei Klassen im Sekundarbereich I führt.

Mit Beginn des Schuljahres 2017/2018 ist geplant, die Heinrich-Kielhorn-Schule mit der Astrid-Lindgren-Schule am Standort Schuntersiedlung zusammenzulegen. Zur Nachnutzung der Schulanlage Schuntersiedlung nach dem Auslaufen der Astrid-Lindgren-Schule gibt es noch keine weiteren Planungen als die am 12. August 2016 in der Ds 16-02861-01 beschriebenen Überlegungen, die im Zusammenhang mit der Schulentwicklungsplanung stehen. Der Schulentwicklungsplan für die allgemein bildenden Schulen soll im 2. Quartal 2017 in den politischen Gremien zur Beratung vorgelegt werden.

Bender

Anlage/n:

keine